Petersburger Anarchie.

Der Lokal-Anzeiger berichtet aus dem Haag: Aus Petersburg wird gemeldet, die Raubtaten und Verbrechen nähmen täglich zu. In Moskau wurden die Kirchenschätze des Patriarchen, die in Gold gebundenen Meßbücher, Monstranzen und andere mit Juwelen besetzte goldene Kirchengeräte, im Goldgewicht von 100 Pfund, und in einem Werte von vielen Millionen Rubel, geraubt. Nach einer Petersburger Depeschenmeldung, ist im Hafen von Petersburg ein neuer Brand entstanden, der eine große Menge Lebensmittel vernichtete. Das Feuer ist auf Brandstiftung zurückzuführen. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Einsetzung einer außerordentlichen Verpflegungskommission für die sofortige Kontrolle und Regulierung der Ernährung verfügt. Die Kommission besteht aus Trotzki und Vertretern des Kriegs- und des Verkehrskommissariats.

Zum Vorsitzenden des ausführenden Hauptausschusses der Sowjets wurde, laut Petersburger Telegraphen-Agentur, Swjerdlow, zu Mitgliedern des Präsidiums Murenow, Frau Spiridonowa, Komarow, Zirenjewu. a. gewählt. Die Leitung der internationalen Abteilung wurde Petrow übertragen.

•

Die Zustände in Estland.

Riga, 16. Februar. Ueber die Zustände in Estland wird noch folgendes bekannt: Die ganze Gegend zu beiden Seiten der Bahn Reval—Narwa ist in den Händen der Roten Garde und der Maximalisten. Das estnische Heer bot bis jetzt einen gewissen Schutz gegen diese Banden, doch erscheint sein Einfluß jetzt nicht mehr genügend. Die Güter sind sämtlich beschlagnahmt und werden von der Roten Garde verwaltet. Demnächst sollen auch die Bauerngemeinden eingezogen werden. Die Häuser in den Städten und die Bankguthaben sind gleichfalls als nationales Vermögen erklärt worden und werden von der Roten Garde verwaltet. Ein Teil der lettischen Truppen soll sich geweigert haben, Livland zu verlassen, da sie nur ihr eigenes Land verteidigen wollen. Die beschwichtigten Letten, insbesondere die Gemeinderäte, warten mit Sehnsucht auf den Einzug der Deutschen nicht etwa zur vorübergehenden Sicherung ihres Lebens und Besitzes, sondern zwecks Anschlusses Estlands und Livlands an Deutschland. Die Mehrzahl der lettischen und estnischen Soldaten will im Falle eines Vormarsches der Deutschen die Waffen abgeben und im Lande bleiben. Die überwiegende Zahl der Esten ist deutschfreundlich gesinnt. Sowohl in Estland, wie auch in Livland werden eifrig Unterschriften für einen Anschluß an Deutschland gesammelt. Viele estnische Bauern haben sich geweigert, die ihnen zugeteilten Güter zu übernehmen, auf denen sie bisher Angestellte der Gutsherren gewesen sind. Sie sind dann von bolschewistischen Soldaten zur Uebernahme der Güter gezwungen worden.

• • •

Rumäniens Ohnmacht.

Zu den Verhandlungen mit Rumänien, die am 28. Februar beginnen sollen, wird uns aus Berlin berichtet:

„Deutschland soll bei den Verhandlungen durch Herrn Kühlmann vertreten werden. Es ist der rumänischen Regierung bisher gelungen, eine Uebertragung der Revolution auf Rumänien zu verhindern. In letzter Zeit jedoch machen sich Anzeichen bemerkbar, die darauf schließen lassen, daß die Bolschewiki mit Erfolg in Rumänien tätig gewesen sind. Die Bemühungen Rakowskis, in Rumänien sozialistische und kommunistische Anschauungen zu verbreiten, seien anscheinend auf fruchtbaren Boden gefallen. In Bessarabien hat Rumänien ungefähr die Hälfte der Bevölkerung auf seiner Seite, während die andere Hälfte der Ukraine geneigter ist. Ueber Rumäniens Kriegsfähigkeit ist zu sagen, daß es kaum noch in der Lage zu sein scheint, den Krieg gegen die Mittelmächte fortführen zu können. Es ist gewissermaßen zur Aufnahme von Friedensverhandlungen gezwungen. Auf einer Front von 120 Kilometer Länge stehen sieben Divisionen, so daß jede Division 15 Kilometer zu besetzen hat. An vielen anderen Teilen der rumänischen Front, die außerordentlich ausgedehnt ist, ist die Besetzung mehr als dünn. Friedensverlangen und Friedenssehnsucht machen sich in allen Teilen der rumänischen Bevölkerung geltend.

•

Zertrümmerte Ententehoffnungen.

Zürich, 19. Februar. Der Secolo meldet: Die Einberufung der rumänischen Kammer ist auf den 10. März vertagt worden. Sie soll als eine Art Nationalversammlung tagen. Entscheidende Ereignisse sind noch vor ihrem Zusammentritt zu erwarten. Die Militärattachees der Alliierten im rumänischen Hauptquartier haben einer Mitteilung zufolge am Sonnabend den Abberufungsbefehl ihrer Regierungen erhalten.

Die konservativen Wahlrechtsanträge.

Fällt die Regierung um?

Am Schluß der ersten Sitzung der Wahlrechtskommission, die sich mit dem Kernpunkt der Vorlage, dem gleichen Wahlrecht, beschäftigte, gab der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg eine Erklärung ab, die bei all ihrer Unbestimmtheit und Dehnbarkeit doch darauf schließen läßt, daß sie in der Frage des gleichen Wahlrechts bereit ist, mit sich handeln zu lassen. Auf die Frage eines Nationalliberalen antwortete Dr. Friedberg, daß er zwar dem Staatsministerium nicht vorgreifen könne, daß er aber glaube, daß ein Mehrstimmenwahlrecht, daß die Zusatzstimmen abhängig mache von Eigenschaften, die jeder Wähler erwerben könne, mit dem Grundgedanken der Osterbotschaft und des Juli-Erlasses vereinbar sei. Diese Antwort weicht von den früheren Erklärungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums ab. Hatte man bisher den Eindruck, daß die Regierung in der Frage des gleichen Wahlrechts nicht nachgeben, sondern im Falle seiner Ablehnung von ihren verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde, so ist jetzt dieser Eindruck verwischt. Mehrstimmenwahlrecht bleibt Mehrstimmenwahlrecht auch dann, wenn sich die Stimmenzahl lediglich nach der Zahl der Kinder bemißt. Gibt sie hier nach, so hat sie den festen Boden unter den Füßen verloren, und dann gibt es kein Halten mehr. Jedenfalls hat Herr Dr. Friedberg der Vorlage seiner eigenen Regierung durch diese Erklärung keinen guten Dienst erwiesen.

•

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht setzte in der Sitzung der Verfassungskommission am Montag mit großer Heftigkeit ein. Ein konservativer Redner begründete den von uns bereits mitgeteilten Antrag, der eine Kombination von Mehrstimmen Wahlrecht und berufsständischem Wahlrecht vorsieht. Er sprach dem preußischen Volk die politische Reife ab und erging sich in allerhand Betrachtungen über Schleichhandel, über das unausgedroschene Getreide des Herrn v. Heydebrand und über tausend andere Dinge, offenbar in der Absicht, die Zeit durch lange Reden totzuschlagen.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte, daß der konservative Antrag alle seine Erwartungen übertreffe, die nicht nach der Richtung einer Ausdehnung, sondern nach der einer Einschränkung des Wahlrechts gingen. Ein berufsständisches Wahlrecht sei für die Regierung unannehmbar. Es sei auch ungerechter als das jetzige Dreiklassenwahlsystem. Was das Pluralwahlrecht betreffe, so weiche in dieser Beziehung der konservative Antrag von dem Beschluß der Mehrheitsparteien im vorigen Sommer in einem wichtigen Punkte sehr weit ab und bekommt dadurch einen so agrarischen Einschlag, daß selbst die Anhänger des Pluralwahlrechts vom letzten Sommer kaum in der Lage sein würden, ihm zuzustimmen. Im übrigen ist die Regierung nach wie vor bereit, im Rahmen der Vorlage allen Vorschlägen zuzustimmen. Aber ein Pluralwahlrecht, das sich auf Vermögen aufbaut, sei unannehmbar für die Regierung.

Der Minister des Innern ergänzte die Ausführungen des Vizepräsidenten, indem er an Hand von Statistiken nachwies, welche Wirkung der Antrag haben würde. Während heute unter dem Dreiklassenwahlsystem das Gewicht der drei Klassen sich verhalte wie 16 zu 3 zu 1, d. h., während ein Wähler erster Klasse durchschnittlich 16mal mehr zu sagen habe wie ein Wähler der dritten Klasse, würde im Falle der Annahme dieses Antrages in manchen Abteilungen ein Wähler mindestens 130mal soviel zu sagen haben, wie ein anderer.

Der Fortschrittler trat für das gleiche Wahlrecht ein und kündigte einen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl nicht nur in den großen Industriezentren, sondern auch in den gemischtsprachigen Landesteilen an. Hierauf bekämpfte der Vertreter der Sozialdemokratie die Argumente des konservativen Redners, die direkt an den Haaren herbeigezogen seien. Er wies darauf hin, daß der Streik ein Ausfluß der Unzufriedenheit gewesen sei, an der gerade die Konservativen die Hauptschuld trügen, und führte weiter aus, daß die Rede, die heute von konservativer Seite gehalten sei, aufreizend auf die Arbeiterschaft wirken und die Unzufriedenheit steigern müsse. Das Volk werde sich fragen, ob es wiederum betrogen werden soll. Der konservative Antrag bedeute eine Verhöhnung des Volkes.

Von freikonservativer Seite wurde ein Antrag in Aussicht gestellt, der die Einführung des gleichen Wahlrechts auch für die Gemeindewahlen vorsieht; man müsse wissen, wohin die Reise geht. Nachdem dann noch ein anderer Konservativer den Untergang des alten Preußens an die Wand gemalt und von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums erwidert wurde, daß er von dem Untergang des alten Preußen schon oft gehört habe, ohne daß diese Prophezeiung in Erfüllung gegangen sei, richtete ein Nationalliberaler die Frage an die Regierung, wie sie sich zu einem Pluralwahlrecht stelle, wenn die Mehrstimmen begründet seien auf Familienstand, Kinderzahl, Alter, Seßhaftigkeit und Bildung. Der Vizepräsident des Staatsministeriums erklärte, daß er für seine Person die Frage nicht beantworten könne, er müsse erst eine Entscheidung des Staatsministeriums herbeiführen. Nur das eine könne er sagen, daß gewisse Modifikationen der Vorlage von ihm vertreten würden, wenn die Zusatzstimmen auf einer natürlichen Grundlage beruhen, so daß jeder Staatsbürger in der Lage ist, sich diese Eigenschaften zu erwerben. Ob die von den Nationalliberalen erwähnten Momente diesen Voraussetzungen entsprechen, müsse eingehend geprüft werden.

Hierauf wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Wilson und die Versailler Konferenz.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus am 14. Februar, ob das Versailler Manifest die Ansichten aller Ententemächte einschließlich der Vereinigten Staaten darstelle, gab Bonar Law eine zustimmende Antwort. Auf eine weitere Frage, ob Präsident Wilson darüber befragt worden sei, erwiderte Bonar Law, **Wilson habe Gelegenheit zur Zustimmung oder Ablehnung nicht gehabt.** Aber der diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten sei bei der Konferenz zugegen gewesen.

Daily News bemerkt hierzu: Was Bonar Laws Erklärung wert ist, ergibt die Meldung unseres Neuyorker Berichterstatters, der auf Grund autoritativer Informationen mitteilt, daß die Vereinigten Staaten einen Vertreter nach Versailles gesandt haben, und daß Präsident Wilson in keiner Weise für das Vorgehen der Bundesgenossen verantwortlich ist. Die amerikanische Regierung hat die Konferenz als rein militärisch betrachtet und die Folgerungen daraus gezogen. Infolgedessen verfolgt auch Wilson in politischen Fragen seinen Kurs weiter, ohne Rücksicht auf die Versailler Kundgebung.

•

Wilson für eine neue Konferenz.

Wie dem Berliner Tageblatt von der Schweizer Grenze berichtet wird, meldet die Victoire, daß die von Präsident Wilson vorgeschlagene gemeinsame Alliierten-Konferenz zur Festsetzung der gemeinsamen Friedensbedingungen am 21. März in Versailles stattfinden solle.

Neue U-Bootsbeute.

Berlin, 18. Februar. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote hat im Sperrgebiet an der englischen Westküste fünf Dampfer mit rund 23 500 Brutto-Register-Tonnen vernichtet, darunter einen großen englischen Passagierdampfer von etwa 13 000 Brutto-Register-Tonnen. Die übrigen vier Dampfer waren sämtlich tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Der deutsche Vorstoß in den Aermelkanal.

Berlin, 18. Februar. Die jetzt vorliegenden genaueren Meldungen über den Vorstoß unserer Torpedoboote in den Aermelkanal in der Nacht vom 14. zum 15. Februar zeigen, daß die **Erfolge noch erheblich größer waren, als in der ersten amtlichen Veröffentlichung mitgeteilt werden konnte.** Unsere Torpedoboote drangen in die kleine Enge zwischen **Dover, Folkestone,** Calais und Kap Grisnez ein und trafen dort eine aus Torpedobooten, U-Bootsjägern, bewaffneten großen und kleinen Dampfern und Motorschnellbooten bestehende starke Kanalbewachung an. Das gesamte Gebiet war durch Scheinwerfer und auf dem Wasser schwimmende Magnesiumleuchtkugeln taghell beleuchtet. Unverzüglich griffen unsere Torpedoboote zuerst die Fahrzeuge an, die mit Scheinwerfern die Straße beleuchteten. Ein großes Fahrzeug, anscheinend **ein alter Kreuzer** oder ein Spezialschiff, dem die Leitung der Kanalbewachung oblag, wurde durch Artillerietreffer aus nächster Entfernung zuerst in **Brand geschossen und dann durch einen Torpedo zum sofortigen Sinken gebracht. Vier zum Angriff gegen unsere Boote vorgehende Motorschnellboote wurden durch Artillerietreffer völlig zersplittert und vernichtet.** Der Schneid, mit dem diese mit Torpedobooten ausgerüsteten Boote unsere Streitkräfte angriffen, verdient hervorgehoben zu werden. Ein anscheinend älteres Torpedoboot wurde gleichfalls mit wenigen Salven **in Brand geschossen** und kenterte dann. Ein U-Bootsjäger mit der Bezeichnung 1113 am Bug wurde auf 30 Meter durch einen Volltreffer in den Kessel stillgelegt und durch weitere Treffer zum Sinken gebracht. Die auf ihm befindlichen Magnesiumleuchtmittel explodierten mit starker Detonation und sprengten unter hellem Lichtschein die Schiffsteile mit der Besatzung auseinander. Ferner wurde **noch das Sinken von mindestens weiteren 12 bewaffneten Fahrzeugen** sowie Treffer und starke Sprengwirkung auf noch mindestens 11 bewaffneten Fahrzeugen einwandfrei beobachtet, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der größte Teil von ihnen ebenfalls gesunken ist. Nur einzelne Fahrzeuge können sich schwerbeschädigt nach dem nur wenige tausend Meter entfernten Dover in Sicherheit gebracht haben. Die Menschenverluste beim Feinde sind dementsprechend hoch anzusetzen und unterliegen schätzungsweise 300. Sämtliche angegriffenen feindlichen **Fahrzeuge waren mit Geschützen und Wasserbomben bewaffnet.**

Die ganze Vernichtungsarbeit vollzog sich unmittelbar vor der englischen und französischen Küste, ohne daß weitere feindliche Seestreitkräfte zur Entlastung der angegriffenen hinzugeeilt wären. Unsere Torpedoboote traten daher nach erfolgreich durchgeführter Aufgabe den Rückmarsch an, auf dem sie mit feindlichen Streitkräften nicht mehr zusammentrafen.

Berlin, 18. Februar. (Amtlich.) Zu der englischen Nachricht, ein deutsches U-Boot habe am 16. Februar, morgens 12 Uhr 10, Dover beschossen, ist auf Grund der inzwischen eingegangenen neueren Meldungen unserer Seestreitkräfte über ihren Vorstoß in den Kanal zu bemerken, daß die erfolgreiche Beschießung durch Torpedoboote und nicht durch ein U-Boot ausgeführt wurde. Die Küstenbatterien von Dover haben das Feuer unserer Seestreitkräfte ohne Erfolg erwidert.

•

Die Ergebnisse des Luftkrieges im Januar.

Berlin, 18. Februar. (Amtlich.) Im Monat Januar haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 151 Flugzeuge und 20 Fesselballone verloren. Wir haben 68 Flugzeuge und vier Ballone eingebüßt. Davon sind 17 Flugzeuge jenseits unserer Linien verblieben, während die anderen 51 über unseren Gebiete verloren gingen. Auf die Westfront allein entfallen von den 151 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeugen 138, von den 68 deutschen 61. Im einzelnen setzte sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 107 Flugzeuge wurden im Luftkampfe, 35 durch Flugabwehrkanonen, 3 durch Maschinengewehrfeuer von der Erde aus, eins durch Infanterie abgeschossen, 5 landeten unfreiwillig hinter unserer Linie. Von diesen Flugzeugen sind 67 in unserem Besitz, 84 jenseits der Linie erkennbar abgestürzt. Außerdem wurden 11 feindliche Flugzeuge jenseits unserer Linie zur Landung gezwungen.

Die Opfer des Fliegerangriffs auf England.

Nach einem amtlichen englischen Bericht wurden bei dem Fliegerangriff in der Nacht von Sonntag 15 Männer und 8 Frauen getötet und 27 Männer und 10 Frauen verwundet.

Die Vertreter der Ukraine über Sozialismus und Bolschewismus.

Zur Zeit befindet sich eine ukrainische Delegation in Berlin, wesentlich bestehend aus denselben Persönlichkeiten, die in Brest-Litowsk als Vertreter der Ukraine den ersten Friedensschluß unterzeichnet haben. Mit einem Mitglied der Abordnung, Professor Ostapenko, hatte ein Vertreter des Vorwärts ein längeres Gespräch, dem auch ein Mitglied der deutschen Reichstagsfraktion sowie verschiedene andere Vertreter der Ukraine, darunter auch M. Lewytzki, beiwohnten.

Professor Ostapenko betonte eingangs seiner Darlegungen ausdrücklich, daß auch die gegenwärtige Regierung und Rada der Ukraine durchweg sozialistisch ist, was die deutsche Arbeiterschaft leider viel zu wenig wisse. Sie bestehe aus Sozialrevolutionären und Sozialisten, die beide auf dem Boden des Marxismus stehen, und zwar überwiegend in der Zentral-Rada die Sozialrevolutionäre, in der Regierung die Sozialdemokraten. Das ist ein Beweis für den Stand der Einigkeit in der Ukraine, wo sich die Bewegung nicht wie in Groß-Rußland zersplittert und gespalten hat. Eine auf dem Boden der Ukraine gewachsene bolschewistische Bewegung gibt es nicht; was in der Ukraine an Bolschewismus existiert, ist importiert aus Petersburg und Moskau.

Die bolschewistische Regierung hat ganz systematisch von der ukrainischen Front die ukrainischen Truppenteile entfernt und nach Norden geschickt, so daß an der ukrainischen Front nur noch Bolschewiki zurückblieben. Den Waffenstillstand hat sie benutzt, um die bolschewistischen Truppen der Nordfront gegen die Ukraine in Bewegung zu setzen so daß sie diese völlig besetzt.

Wie stehen nun die ukrainischen Sozialisten zum Bolschewismus? Die ukrainische Idee ist dem Bolschewismus im Wesen feindlich. Die Ukrainer sind sich, ebenso wie die deutschen, englischen, französischen Sozialdemokraten, einig, daß in Rußland nach dem Stand der ökonomischen Entwicklung nicht der Sozialismus auf einem Schlage eingeführt werden kann. Anders denken die Bolschewiki. In Groß-Rußland sind sie autokratische Selbstherrscher und wollen dasselbe in der Ukraine erreichen. Die Ukraine hatte schon aus sich heraus ein geordnetes Staatswesen geschaffen, sie hatte dies organisiert unter dem Druck des bolschewistischen Chaos. Sicherlich eine beachtliche Leistung. Wäre der Bolschewismus eine ukrainische Bewegung, dann wäre er keine Gefahr, denn „auch der ukrainische Bolschewiki bleibt ukrainischer Patriot". Nur Lenin und Trotzki sind ohne jedes Nationalgefühl, ihnen ist die Ukraine ein Gegenstand wie Tisch oder Bank. Wenn es für die allgemeine soziale Revolution nötig wäre, daß Rußland verschwinde, dann wären sie auch dazu bereit. Kein deutscher, französischer oder englischer Sozialist würde das für sein Land wollen. Die sozialistischen Experimente, die sie mit dem Lande machen, bedeuten eine Gefahr für die Ukraine, und deshalb sei es gerade sozialistische Pflicht für die Ukrainer gewesen, nicht nur den ideologischen, sondern den wirklichen Kampf gegen den Bolschewismus zu führen.

In Brest-Litowsk mußten die Versuche, sich mit den Bolschewiki zu verständigen, abgebrochen werden. Denn den Bolschewiki war Brest-Litowsk auch nur ein Mittel zur Entfachung der europäischen Revolution. Das konnten die Ukrainer nicht mitmachen. Für solche Aufgaben haben die ukrainischen Sozialisten weder Macht noch Organisation. Sie glaubten, dem europäischen Sozialismus zu dienen, wenn sie sich als kräftiger Bruderstamm organisierten. Zur Wahrung ihres sozialistischen Gewissens müssen sie betonen: der in Brest-Litowsk von ihnen geschlossene Friede ist ein durchaus demokratischer Friede, er enthält weder Annexionen noch Kontributionen und bringt einen aus freier Uebereinkunft geschlossenen Handelsvertrag. Es ist der Friede, wie ihn das ukrainische Volk und die deutsche Arbeiterschaft gebraucht hat. „Wir sind nach Brest gekommen mit dem Wunsche nach allgemeinem Frieden. Aber sagen Sie selbst ob die Ukraine als eine entstandener Staat bei ihren Kräften einen entscheidenden Einfluß auf sein Zustandekommen haben konnte?" Aber hoffentlich wird auch der Separatfrieden den allgemeinen Frieden fördern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180219/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG